

**LICHTBLICK**



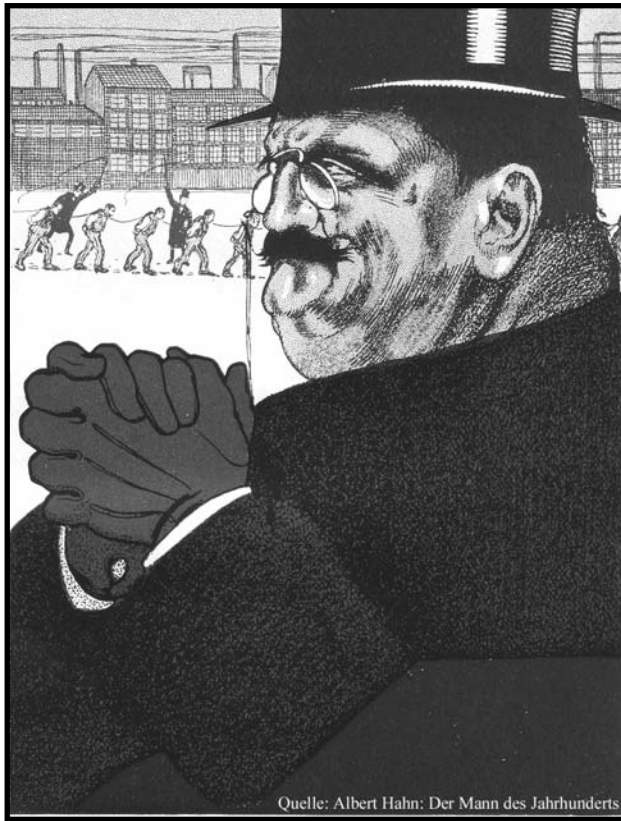
# Streik für Löhne, von denen man leben kann!

**Bei Lokführern, im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie geht's hart auf hart**

Die Lohnentwicklung der letzten Jahre ist eindeutig: In Schweden und Großbritannien sind die Löhne in den letzten zehn Jahren über 25 Prozent angestiegen, in den USA und Irland über 19 Prozent und in der EU um 7,4 Prozent. Bei den Deutschen sieht das ganz anders aus - hier gibt es ein Minus von 0,9 Prozent! Und von der 1990 versprochenen Anpassung der im Osten gezahlten Löhne an das Niveau der Löhne im Westen ist nichts zu spüren: 17 Jahre danach liegen die Ost-Löhne durchschnittlich 21 Prozent, in der Spitze sogar 41 Prozent (!!!) niedriger. Damit nicht genug: An Stelle der Anpassung der Ost-Löhne an den Westen werden die Tariflöhne im Westen gedrückt.

Auch bei Preisen gibt es durch nichts zu rechtfertigende Unterschiede: Das betrifft insbesondere Differenzen bei Nahrungsmitteln, Textilwaren und allem, was man sonst noch braucht. Wohnungen kosten im Osten weniger, weil in einigen Gebieten so viele Wohnungen leer stehen: Hier ist entweder gar nichts oder nicht viel los mit Arbeit! In Leipzig ist etwa eben so viel Miete zu lohnen, wie in Essen. Stuttgart und München liegen bei 160 Prozent und höher. Aber bei Gas, Wasser und elektrischem Strom sieht das völlig anders aus:

Von den fünf teuersten Städten, Dresden (durchschnittlicher Verbrauch einer Kleinfamilie pro Jahr = 2720 Euro), Leipzig (2638 Euro), Minden (2637 Euro), Dessau (2632 Euro) und Rostock (2622 Euro) liegen vier im Osten! Noch schlechter sieht das nur noch in Gera und Zwickau aus... Und wer sich ansieht, wie die Kosten in den letzten zehn Jahren im Osten wie im Westen explodiert sind, sollte sich nicht nur daran erinnern, was er vor dem ‚Teuro‘ zahlen musste. Seitdem sind die Preise für Brot, Butter, Milch, Gemüse, Fleisch, Fisch, Straßenbahn, Taxi und Benzin mehrfach gestiegen.



Quelle: Albert Hahn: Der Mann des Jahrhunderts

## Effizienzlöhne - warum sie wann gezahlt wurden und warum sie jetzt nicht mehr gezahlt werden

Heilbroner und Thurow haben aufgeschrieben, warum das so ist: In den fünfziger und sechziger Jahren befürchtete ‚das Management‘ "dass sich die Arbeiterschaft von dem damals noch rosigen Erscheinungsbild des Sozialismus angezogen fühlen könnte, und zahlte daher so genannte ‚Effizienzlöhne‘ - ein Begriff, mit dem die Ökonomenzunft Löhne belegte, die über dem vom Markt diktierten Niveau angesiedelt sind und die Loyalität und Effizienz der Arbeitskräfte gewährleisten sollen. Teil dieser Defensivstrategie der Manager war es möglicherweise, die eigenen Gehälter unter dem tatsächlichen Marktwert zu belassen, um sich das Wohlwollen der Angestellten zu erhalten." Und dann geht es bei Heilbroner und Thurow wie

folgt fort: "Belegen lässt sich das nicht. Doch sollte diese Erklärung zutreffen, dann begrub der Untergang der Sowjetunion nicht nur die Verlockungen des Sozialismus, sondern er beseitigte gleichzeitig auch die Notwendigkeit jener defensiven Herangehensweise. Effizienzlöhne wurden über Bord geworfen und parallel dazu alle Skrupel, die die Vorstände zuvor davon abgehalten haben mochten, ihren Marktwert voll auszureizen." (Wirtschaft - das sollte man wissen, Frankfurt New York 2002, S. 253f)

Wie sich diese Tendenz bei den Löhnen in Deutschland auswirkt, wurde deutlich: Die Löhne und Gehälter der alten BRD waren nicht zuletzt deshalb so hoch, weil diese Schaufensterfunktion in der DDR eben jene Erwartungen schüren sollte, die dann 1989 aus ‚Wir sind das Volk‘ die Losung ‚wir sind ein Volk‘ werden ließ... Bei weitem nicht bei allen Managern, aber bei den Einkünften im gehobenen Management wird deutlicher, wie jetzt umverteilt wird. Eine Liste der Gehälter der Vorstandsvorsitzenden 2006 (siehe Seite 2) spricht für sich selbst.

Lohnforderungen der Gewerkschaften werden - gleich in welcher Höhe - von diesen Herren durchweg als eine schwerwiegende Schädigung des Wirtschaftsstandortes Deutschland angesehen. Zu gleicher Zeit wird von denen, die ohnehin nur Hartz IV bekommen, die für Niedrigstlohn arbeiten müssen und von denen, die nicht wissen, wie lange ihre Arbeit noch nach Tarif bezahlt wird eine Belebung des Binnenmarktes verlangt. Da ist nicht mehr nur nach dem Realitätssinn dieser Schwätzer zu fragen. Da geht es auch nicht mehr nur um die alle Gesetze und Gerichte missachtende Geldgeilheit dieser Herrschaften. Vielmehr ist zu fragen, wie es denn möglich sein kann, das ein Josef Ackermann 2006, d.h. in einem Jahr eine ‚Vergütung‘ bekommt die 10 Arbeiter bei einem

Fortsetzung von Seite 1

Monatslohn von 2.500 € in einem 45 Jahre dauernden Arbeitsleben erarbeiten? Sogar der Letzte in dieser Runde hat 2006 so viel ‚vergütet‘ bekommen, wie 2 Arbeiter in einem fiktiven Arbeitsleben von 45 Jahren verdienen würden, wenn sie denn monatlich 2.500 € bekommen hätten...

Sogar in der westdeutschen Zeitung vom 27.3.2007 ist nachzulesen: "explodierende Manager-Gagen sind (...) ein Beispiel dafür, wie Auswüchse der Gier unsere Demokratie beschädigen: weil sie die Gesellschaft sozial spalten, weil sie Gemeinsinn und Arbeitsmoral zerstören, weil sie Wertvorstellungen wie Gerechtigkeit, Loyalität und Fairness aushöhlen". Und der Vorsitzende der ‚fünf Wirtschaftsweisen‘, Prof. B. Rürup - das ist der, der beim Riester-Rentenbetrug Pate stand - sieht einen Tag später in der Süddeutschen Zeitung im "deutlichen Auseinanderdriften der durchschnittlichen Managergehälter und Arbeitnehmerinkommen ein gesellschaftliches Problem...". Die Marktwirtschaft sei nur so lange stabil, wie sie von der Masse der Bevölkerung akzeptiert und gestützt würde. "Ich habe den Eindruck, dass diese Akzeptanz schwindet".

### Was aber ist ‚das Ganze‘?

Das ND vom 6.3. d.J. titelt "Streik - ver.di geht aufs Ganze" und berichtet, es werde erwartet, "dass die Gewerkschaften über das vorgelegte Angebot von fünf Prozent verhandelten." Da steht kein Wort drin, dass dieser Vorschlag (diese 5% sollen auf zwei Jahre gesplittet werden) nicht einmal ausreicht, die Verluste an Realeinkommen und durch Inflation auszugleichen. Mit 8% wäre kein wirklicher Zugewinn erreicht - damit könnte aber wenigstens das abgefangen werden, was bei Erdgas, -öl, Benzin, Nahrungsmitteln etc. jetzt schon absehbar ist. Rätselhaft, wie da jemand darauf kommt, dass sei ‚das Ganze‘. Wenn überhaupt ein Urteil zu fällen wäre: Diese Forderung fällt um Dimensionen bescheidener aus als das, was bei Managern sogar und gerade dann ‚selbstverständlich‘ ist, wenn sie wegen unübersehbar großem Blödsinn gehen müssen - die Herr Schremp, die sächsische Landesbank und - so viel Platz haben wir gar nicht, um die alle aufzuzählen.

Damit zu den Instrumenten: Der Streik ist das wichtigste Instrument in den Händen derer, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um leben zu können. Mit der Verweigerung ihrer Arbeit sind sie in der Lage, den ‚Arbeitgebern‘ die Grundlage für die Erwirtschaftung von Gewinnen zu entziehen. In der Geschichte der Arbeiterbewegung gab und gibt es reiche Erfahrungen des Streikkampfes. Eine grundlegende lässt

## Wer verdient wieviel: Das Ranking

	Unternehmen	Vorstandsvorsitzender	Vergütung	Gesamtvergütung 2003
1	Deutsche Bank	Josef Ackermann	13.591.243	18.899.000
2	RWE	Harry Roels	8.200.000	8.200.000
3	Linde	Wolfgang Reitzle	8.198.573	6.930.000
4	Daimler	Dieter Zetsche	7.819.024	40.800.000 <sup>1</sup> (J.E.Schremp)
5	EON	Wulf H. Bernotat	6.394.808	17.400.000
6	Metro	Hans-Joachim Körber	6.388.000	7.700.000
7	SAP	Henning Kagermann	6.100.000	17.926.000
8	Henkel	Ulrich Lehner	6.098.172	10.645.000
9	Allianz	Michael Diekmann	5.665.000	22.861.000
10	Lufthansa	Wolfgang Mayhuber	5.072.180	1.800.000
11	BASF	Jürgen Hambrecht	4.972.000	11.900.000
12	Altana	Nikolaus Schweickart	4.563.000	4.678.000
13	Münchener Rück	Nikolaus von Bomhard	4.474.330	12.100.000 <sup>2</sup> (H.J. Schinzler)
14	Deutsche Börse	Reto Francioni	4.429.500	8.259.000 <sup>4</sup> (W.G. Seifert)
15	Fresenius	Ben Lipps	4.393.229	3.400.000
16	Deutsche Post	Klaus Zumwinkel	4.237.659	10.225.000
17	Continental	Manfred Wennemer	4.147.000	5.169.000
18	Thyssen-Krupp	Ekkehard D. Schulz	3.986.000	8.193.000
19	Commerzbank	Klaus-Peter Müller	3.750.550	7.014.000
20	Adidas-Salomon	Herbert Hainer	3.681.000	7.467.000
22	Siemens	Klaus Kleinfeld	3.623.520	28.200.000 <sup>2</sup> (H.v. Pierer)
26	Volkswagen	Bernd Pischetsrieder	3.235.989	13.835.000

sich auf einen einfachen Nenner bringen: Dort, wo die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entschlossen, ebenso konsequent wie diszipliniert, vor allem aber solidarisch auftreten sind sie in der Lage, ihre Interessen auch gegen härtesten Widerstand durchzusetzen. Dort, wo Gewerkschaftsführung und -bürokratie abwiegeln, wo Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen der Arbeiter zugelassen und geschürt werden, wo Provokateuren oder Streikbrechern das Terrain überlassen wird, sind bittere Niederlagen absehbar.

Welche Ausmaße diese Auseinandersetzungen haben geht aus einer Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung hervor. Danach gab es in Deutschland zwischen 1996 und 2005 jährlich pro Tausend Beschäftigte 2,4 Arbeitstage Arbeitsausfall (etwa 0,012 ‰), in Frankreich waren das 71 Arbeitstage (0,355 ‰) und in Spanien sogar 144 (0,72 ‰). Wer angesichts da von wirtschaftlicher Verantwortungslosigkeit der Streikenden schwätzt, hat keine Ahnung oder lügt. Angesichts der Entwicklung der Lebensverhältnisse wird vielmehr deutlich, dass dieses Instrument viel zu selten eingesetzt wird.

### Streikrecht - wer spricht Recht im „Rechtsstaat“?

Wie umstritten das in harten Kämpfen errungene Streikrecht ist, wurde erst kürzlich deutlich, als die Deutsche Bahn gegen die Lokführergewerkschaft vor Gericht zog. Die - im Namen des Volkes getroffene - richterliche Entscheidung, Streiks nur im Personennahverkehr aber weder im Fern- noch im Güterverkehr zuzulassen spricht für sich: Damit wurden zwar die

Dauerpendler getroffen, aber nicht die Bahn, die hatte über die Dauerkarten auch deren Geld erhalten. Sicher gibt es verschiedene Richter und auch vor Gericht unterschiedliches Geschick bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessen.

Aber in diesem Zusammenhang wird etwas anderes deutlich: Das Streikrecht, d.h. das Recht der lohnabhängig Arbeitenden, ihre Interessen durch Verweigerung ihrer Arbeitsleistung durchzusetzen, wird nicht ‚nur‘ von der ‚Arbeitgeberseite‘ bekämpft, sondern auch von Staats wegen beschnitten. Das zeigt sich in der Art und Weise, wie die Regierungen der BRD, die Gerichte und die staatlichen Verwaltungen die gesetzlichen Verpflichtungen ignorieren, die aus dem ‚Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte‘ vom 19.12.1966 (BGBl. 1973 II 1569) resultieren. Hierzulande werden weder das damit anerkannte Recht auf Arbeit ("das Recht jedes einzelnen auf die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte oder angenommene Arbeit zu verdienen") (Artikel 6), noch das Recht auf "angemessenen Lohn und gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit" durchgesetzt.

Im Grundgesetz wird zwar das "Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden ... für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig." (GG Artikel 9 (3)). Aber im Rechtsstreit zwischen Lokführergewerkschaft und Bahn haben sich die Richter gegen diese grundgesetzlich zugesicherten Rechte der Lokführer entschieden.

Damit nicht genug: In Frankreich, Italien und anderen kapitalistischen Staaten gab und gibt es den Generalstreik. In Deutschland wurde diese Form des Kampfes um die Interessen der lohnabhängig Arbeitenden zwar im Grundgesetz nicht verboten aber durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts aus dem Jahre 1955 als nicht zulässig erklärt. Als Begründung wird angeführt, dass der Staat zu einem hoheitlichen Tun gezwungen werden könnte.

Geistiger Vater dieser Art ‚Rechtssprechung‘ ist Hans Carl Nipperdey, (1895-1968) ab 1925 an der Uni Köln Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Arbeitsrecht. Dessen Wirken in der Nazizeit blieb nicht darauf beschränkt, dass er 1938 neben Roland Freisler Mitautor einer Festschrift war. Im gleichen Jahr verfasste Nipperdey einen Artikel mit der programmatischen Überschrift "Die Pflicht des Folgearbeiters zur Arbeitsleistung".

Fortsetzung Seite 3

*Fortsetzung von Seite 2*

Und 1943 war er Mitautor eines Kommentars zum NS-,Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit'. Nipperdey hatte keine Schwierigkeiten diese seine Sicht auf Arbeitsrecht und Arbeitspflicht in der BRD fortzuführen: Seit dem ‚Zeitungsstreik‘ von 1952 gilt seine Argumentation gegen das Recht auf politischen Streik als Entscheidungsgrundlage. Auf sein ‚Rechtsgutachten‘ aus dem Jahre 1953 ist zurückzuführen, dass die IG Metall im Grundsatzstreik für die Lohnfortzahlung. 38 Millionen DM als Schadensersatz an die Metallarbeitgeber zahlen musste.

Der Kreis schließt sich: Auf der einen Seite die Millionäre Ackermann, Zumwinkel & Co. und deren juristische Interessenvertreter. Auf der anderen all jene, die darum kämpfen müssen,

das sie ihr Leben menschenwürdig gestalten können: Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Heranwachsende, für die es keine Lehrstelle gibt, Nachwuchsakademiker, denen ‚Praktika‘ zum Nullpreis aber keine Arbeit angeboten wird. Die in den Gewerkschaften Organisierten erleben, wie ihre Lebenschancen durch Auslagerung in Billigstlohnländer zerstört werden. Viele wissen jetzt schon nicht mehr, wie sie aus der Schuldenfalle herauskommen sollen: Das Geld reicht nicht bis zum Monatsende. Wer einmal draußen ist, wer keine Ausbildung, keine Berufserfahrung, keine Fremdsprachenkenntnisse hat, wer ‚überqualifiziert‘ ist - kurz jeder hat die Chance, auf die Straße zu fliegen, wenn er nicht schon dort ist.

Im Grundgesetz der BRD steht unter Artikel 20 (1) "Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat". Und unter (4) ist

nachzulesen. "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." Jeder hat erlebt, wie das Recht gebeugt wird, wenn es um das Unrecht der Millionäre geht. Bis heute wird hierzulande ein ‚Recht‘ praktiziert, das von einem NS-Juristen nach seiner und seiner Auftraggeber Sicht verfasst wurde. Aber alles das steht in eklatantem Widerspruch zum Grundgesetz, nichts von dem geschieht ‚im Namen des‘ sondern gegen das Volk. Es ist höchste Zeit, sich daran zu erinnern, mit welchem Selbstbewusstsein 1989 gerufen wurde ‚Wir sind das Volk!‘ Deshalb: So lebenswichtig der aktuelle Kampf um höhere Löhne ist - das ist nicht ‚das Ganze‘: Hier geht es um die Frage, wie lange denen, die nicht nur dieses Land schamlos ausbeuten, die Macht gelassen werden soll...

*K.H.*

# DKP in Bewegung - DKP für Sozialismus

## Vom 18. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei

Am 23. und 24. Februar fand in Mörfelden der Parteitag der DKP statt. An ihm nahmen 171 Delegierte und 26 Delegationen kommunistischer Parteien aus aller Welt teil. Allein diese Zahlen machen deutlich, dass die DKP zwar eine kleine aber nicht unbedeutende Partei ist, die im nationalen und internationalen Rahmen ihre Stimme erhebt und wahrgenommen wird. Bereits am 22.02.08 fand eine Internationale Konferenz der anwesenden kommunistischen Parteien statt. In der lebhaften Diskussion aller Teilnehmer wurde deutlich, dass die Völker Europas und der kapitalistischen Welt unter gleichen oder ähnlich prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen wie in Deutschland zu leiden haben. Daraus wird ersichtlich, dass die imperialistischen Machtzentren international agieren und die Regierungen ihrer Länder zu gleichen Gesetzgebungen veranlassen. Daraus wurde von allen kommunistischen Delegationen die Schlussfolgerung gezogen, dass dieser imperialistischen Politik ein engerer Zusammenschluss aller kommunistischen Parteien entgegen gestellt werden muss. Eine aufgabenbezogene Zusammenarbeit ist notwendig, um eine wirksame Gegenmacht zu schaffen. Darüber hinaus müssen die kommunistischen Parteien in ihren Ländern breiteste Bündnisse mit allen gesellschaftlichen Kräften eingehen, die für soziale Gerechtigkeit, den Kampf gegen den aufkommenden Faschismus und gegen den Krieg eintreten.

Die DKP hielt ihren Parteitag im 40. Jahr ihres Bestehens und im 90. Jahr des Bestehens der Kommunistischen Partei Deutschlands ab. Zu Beginn bekundeten die Delegierten und Gäste ihre einmütige Solidarität mit der Genossin Christel Wegner, die vor dem Parteitag erklärte, dass sie trotz der gegen sie entfachten Verleumdungskampagne ihr Mandat als Landtags.-abgeordnete in Niedersachsen antreten wird. Vom Vorsitzenden Gen. Stehr und allen Dele-

gierten und Gästen bekam sie dafür volle Unterstützung. Besonders verurteilt wurde in diesem Zusammenhang die antikommunistische Reaktion vereinzelter Spitzenpolitiker der Partei ‚Die Linke‘. Ellen Brombacher von der kommunistischen Plattform der Partei ‚Die Linke‘ brachte in einem Diskussionsbeitrag ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass es keinen ‚linken Antikommunismus‘ gibt, d.h. dass die Angriffe gegen die Genn. Wegner und die DKP mit linker Politik nichts zu tun hätten.

Im Mittelpunkt des Parteitages standen ferner die Arbeitsvorhaben 2008/2009, die vom Parteivorstand eingereicht und von den Delegierten mehrheitlich angenommen wurden. Diese Arbeitsvorhaben umfassen ein breites Spektrum in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, in der Kommunalpolitik, der Friedensarbeit, der Arbeit gegen den Neonazismus bis zur Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie der internationalen Arbeit der DKP.

Es wurde wiederholt hervorgehoben, dass bei der Umsetzung dieser anspruchsvollen Aufgaben die Parteigruppen im Mittelpunkt stehen, da sie an der Basis die Arbeit mit den Menschen organisieren und durchführen. Dabei sollte ihnen der notwendige politische Spielraum unter den konkreten Bedingungen vor Ort eingeräumt werden, d.h. Parteigruppen sind für die Schwerpunkte ihrer Arbeit selbst verantwortlich.

Wir, die drei Delegierten aus Sachsen empfanden die Atmosphäre während des gesamten Parteitages als schöpferisch und vorwärtsweisend. Mich persönlich hat insbesondere beeindruckt, dass die Einheit und Geschlossenheit der Partei trotz teilweiser unterschiedlicher Auffassungen zu Detailfragen weiter gefestigt werden konnte.

Der neue Parteivorstand wurde auf 34 Genos-

sinnen und Genossen reduziert. Gen. Heinz Stehr wurde als Vorsitzender, die Genossin Nina Hager und der Genosse Leo Mayer wurden als stellvertretende Vorsitzende der Partei gewählt.

Wir als Parteigruppe Leipzig werden diesen Parteitag in folgenden 3 Veranstaltungen auswerten:

### **15.3. - 10.00 Messemagisträle**

Thema: Arbeitsvorhaben der DKP für 2008 - 2009

Referenten: Gen. Rolf Primer und Gen. Bernd Neudeck

### **21.4. - 18.00 Leibknechtshaus**

Thema: Die Bündnispolitik der DKP und die Gewerkschaften

Referent Gen. Leo Mayer

### **19.4. - 18.00 Liebknechtshaus**

Thema: Zur Internationalen Politik der DKP

Referent: Genn. Nina Hager

Zu diesen Veranstaltungen laden wir alle Freunde der DKP und Interessenten ein.

*Bernd Neudeck,  
Delegierter zum 18. Parteitag und  
Vorsitzender der DKP-Gruppe Leipzig*

## Worum geht es?

Der Tarifkampf zwischen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer und dem Bahnkonzern - ein Klassenkampf - hat sich erneut dramatisch zugespitzt. "Streik" war das letzte Wort bei Redaktionsschluss. Manchem mag diese Entwicklung unverständlich erscheinen, doch es war nie davon auszugehen, dass die Verkündung der Tiefenseeschen Eckpunkte des GDL Tarifvertrages auch das Ende des Kampfes bedeutet. Dies schon deshalb nicht, weil Bahnchef Mehdorn eine Niederlage für das deutsche Kapital eingestanden hatte.

Die GDL hatte der Verzichtshaltung unter den Gewerkschaften den Kampf angesagt. Die Lohnabhängigen hatten sie verstanden, denn es waren ihre Probleme, die von den Eisenbahnern auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Der Kampf hatte eindeutig politische Dimensionen. Denn der Staat kann die Neutralisierung seiner Funktionen durch das Lahmlegen des Verkehrs nicht zulassen. Die GDL ging allerdings anders an die Auseinandersetzung heran. Sie stellte die Privatisierung der Bahn als die eigentliche

Streikursache nicht in den Mittelpunkt. Zudem verabschiedete sie sich vom Zugbegleit- und Gastropersonal. Verhandelt wurde nur noch ein Lokomotivführertarifvertrag, der von der Bahn erst unterschrieben wird, wenn die GDL zustimmt, dass der von ihr abzuschließende Tarifvertrag ausschließlich für die jetzigen Mitglieder der GDL gilt - also nicht angewandt wird auf die Lokführer insgesamt (egal, wo sie im Konzern beschäftigt sind). Das bedeutet den langsamen Tod der GDL. Deshalb der jetzige Konflikt, der ein hämisches Grinsen bei der Transnet- und GDBA-Führung - den besten Freunden Mehdorns - auslöst, die nun selbst einen eigenen Lokomotivführertarifvertrag aushandeln wollen.

Deutlich wird: Als Standesorganisation hat die GDL keine Zukunft. Sie hat auch keine Zukunft, wenn es bei dem Zwiespalt bleibt, der zwischen den Zielen der Kollegen und den Zielen der GDL-Spitze besteht. Für beide Seiten ging es um die Eigenständigkeit, die Existenz

der Gewerkschaft. Aber während die GDL-Funktionäre an der Spitze nur den Platz an der Futterkrippe der Bahn AG suchten, wollten die Kollegen mit dem eigenständigen Tarifvertrag wichtige materielle und kulturelle Interessen durchsetzen. In diesem Zwiespalt konnten keine Ziele wachsen, die auch die Kollegen anderer Gewerkschaften zum gemeinsamen Kampf herausforderten, obwohl das Beispiel der GDL zunehmend Schule machte. Jetzt kommt es darauf an, dass wir alle unseren Verstand gebrauchen - dass begriffen wird: Hansen und Mehdorn treiben ein falsches Spiel. Schell und Weselsky sind nicht vertrauenswürdig, denn sie behaupten, es führe ein Weg an der Einheitsgewerkschaft vorbei. Diese muss zwar aus den Kämpfen hervorgehen, aber sie ist notwendiger denn je. Dann wird auch verstanden, dass es eines ganz anderen gewerkschaftlichen Kampfes bedarf, nämlich eines Kampfes, der politisch ergänzt und unterstützt wird - der sich also direkt gegen die Privatisierung wendet.

H.M.

### Bürgerentscheid: Gedanken danach

148.767 Bürger stimmten laut vorläufigem Ergebnis gegen den Verkauf von Anteilen der Leipziger Stadtwerke. 170.681 gaben ihre Meinung per Stimmzettel ab. Den Menschen, welche am 27.1.2008 bei regnerischem Wetter zu den Abstimmungslokalen pilgerten waren ihre Stadtwerke wichtiger als ihr Bürgermeister. Zu dessen Wahl konnten sich nur 65.786 Bürger entschließen.

Den Leipzigern ist dafür zu danken. Sie bestätigen die Auffassung, dass in der Leipziger Tiefenbahn keine Ahnungslosen leben. Es ging um ihr Kraftwerk, wie es um ihre Wasserwerke, ihre Verkehrsbetriebe u.a. geht. Die Verkaufsbegründungen sind unglaubwürdig und lassen auch Lobbyismus vermuten. Dieser allerdings ist nicht umsonst zu haben. Dass die Bürger solche Überlegungen angestellt haben, ist nicht anzunehmen. Sie wissen aber, dass die zur Disposition stehenden Werte von ihnen selbst nach dem Krieg wieder aufgebaut wurden. Selbst die Konterrevolution schafft es nicht, diese zu verramschen.

Der Bürgerinitiative ist zu danken. Sie hat nachhaltig bestätigt, dass Demokratie kein Selbstläufer ist. Die Existenz einer solchen Kraft stimmt optimistisch. Wir sollten sie entwickeln und pflegen. Beim Stand der Dinge wird Bürgerinitiative zunehmend gebraucht. Wir werden sie nah Kräften unterstützen, weil wir wissen, dass das Kapital nie klein beigegeben wird.

H.Sp.

## Aktuelle Erinnerungen - oder: Geld ist Verstand

Die Anatomen und Psychologen streiten sich schon lange darüber, wo der Sitz des Verstandes und der Vernunft im Menschen sei, ob im großen oder kleinen Gehirn. Das ist aber sonnenklar, dass der Verstand weder im großen noch kleinen, überhaupt in keinem Gehirn seinen Sitz hat, sondern - im Beutel. Ein 'gesehiter Mann' heißt so viel, als 'ein Mann von Vermögen' und 'dummer Teufel' ist gleichbedeutend mit 'armer Teufel'.

Ja, es lässt sich sogar mathematisch berechnen, wie mit dem Geld der Verstand zunimmt und Culenspiegel hat darnach folgende Skala entworfen:

0 Thaler Vermögen = ein dummer Teufel  
 0 - 500 Thaler Vermögen = ein einfältiger Kerl  
 500-1000 Thaler Vermögen = beschränkter Verstand  
 1000-2000 Thaler Vermögen = nicht ohne Einsicht  
 2000-5000 Thaler Vermögen = ein gesehiter Mann  
 5000-10000 Thaler Vermögen = ein sehr gesehiter Mann  
 10000-20000 Thaler Vermögen = sehr klug und weise  
 20000-100.000 Thaler Vermögen = intelligent  
 100000-1000000 Thaler Vermögen = unvergleichlich gesehite und kluge  
 Ein Millionär = ein Mann, der alles weiß

Man sollte meinen, wenn der Verstand unter 0 heruntergeht, d.h. wenn das Vermögen zu Schulden wird, müsste die Dumm-

heit zunehmen. Allein dem ist nicht so. Die Sprache hat da ganz eigentümliche Bezeichnungen, nämlich:

Wer kein Vermögen und keine Schulden hat ist einfach - ein Lump,  
 wer bis zu 10 Thaler Schulden und sonst nichts hat ist - ein Fetz,  
 wer bis zu 100 Thaler Schulden bringt ist - ein Hauptlump,  
 wer bis zu 100-1000 Thaler Schulden bringt ist - ein Herrschaftslump,  
 wer Bankrott macht bei 1000 bis zu 5000 Thaler Defizit ist - ein schlechter Geschäftsmann,  
 bei 5000 bis zu 10000 Thaler Defizit ist - ein unglücklicher Geschäftsmann,  
 bei 10000 bis zu 20000 Thaler Defizit ist - ein Spekulant,  
 bei 20000 bis zu 100000 Thaler Defizit ist - ein glücklicher Spekulant  
 bei 100000 bis zu 1000000 Thaler Defizit ist ein guter Finanzminister

Ferner:

wer 3 Batzen stiehlt ist - ein Dieb  
 wer bis zu 100 Thaler stiehlt ist - ein gemeiner Dieb  
 wer 100 - 1000 Thaler stiehlt ist - ein frecher Dieb,  
 wer 1000 - 10000 Thaler stiehlt ist - ein etwas unordentlicher Verwalter  
 wer 10000 - 1000000 Thaler stiehlt - macht kühne Griffe!  
 wer 100000 - 1000000 Thaler stiehlt - macht sein Glück

(Nach Friedrich Wendel:  
 „Das XIX. Jahrhundert in der Karrikatur“)

## Die Alternative Oder: es ginge ja auch ganz anders...

Im bundesdeutschen Blätterwald, in der Medienlandschaft und unter profilierungsge-störten Polikastern ist die Aufregung groß: Mit den Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg sind die piefig-gemütlichen Geschäftsgrundlagen der CDU/CSU-SPD-FDP-Grünen BRD etwas durcheinander gera-ten. Dass immer weniger Leute zu den demo-kratischsten aller Wahlen gehen ist weder auf-regend noch neu: Nicht nur bei der Wahl des Leipziger Oberbür-germeisters reicht es völlig aus, wenn dessen ‚Mehrheit‘ so aussieht, dass der mit gerade mal 16,14 % aller Stimmen durchkommt.

Aber nach den gar zu rechtskonservativen Entgleisungen des Herrn Koch haben so viele SPD, Grüne und Linke gewählt, dass die alten Spiel-chen um Posten, Kohle und Einfluss nicht mehr funktionieren: CDU und FDP - reicht nicht; die SPD will schon mit Grünen und FDP, aber die FDP will nicht schon wieder als Partei der Wortbrüchigen dastehen. Das überlassen sie (diesmal) der SPD und der Frau Ypsilanti... Die kommen nun nicht an den Tatsachen vorbei: Zwar würden sie und die Grünen viel lieber in der Mitte ankommen - bloß: Eine Mehrheit hat das gewählt, was sie für ‚Links‘ hält..

Damit nicht genug: Bei den ‚Linken‘ sind die Stimmen mit dabei, die von den Anhängern der DKP nicht zuletzt deshalb abgegeben wurden, weil eine von ihnen auf der Kandidatenliste stand. Für die Herrschaften der CDU ist das ein ‚gefundenes Fressen‘: Da kann man jetzt mal so richtig die Sau rauslassen: Die ‚Sozis‘ sind wortbrüchig, lassen sich von Kommunisten in die Regierung wählen und untergraben damit den ‚Konsens der Demokraten‘.

Merke: Demokratie ist was und Demokrat ist wer gegen Kommunisten ist. Das gilt um so mehr, je mehr Wähler für die ihre Stimmen abgeben. Mit anderen Worten: Wahlen, vor allem aber die unzuverlässigen Wähler stören nur. Richtig weiter geht es ja sowieso erst dann, wenn die demokratisch gewählten Abgeordne-ten nur noch ihrem Gewissen rechenschafts-pflichtig sind... Und das ist dann mit Diäten und Nebeneinkünften ‚geregelt‘.

Was also tun? Ganz ‚demokratisch‘ wird die einzige Kommunistin von ‚Panorama‘ zu einem Interview eingeladen. Aus einem zweistündi- gem Gespräch werden die Passagen zusammen geschnitten, die der offiziellen Lesart entspre- chen: Christel Wegner will ‚die Mauer‘ und ‚die Stasi‘ zurück.. Gesagt wurde etwas ganz ande- res: Christel Wegner war und ist der Meinung,

dass es auch in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft ein Organ geben müsse, dass sich um deren Sicherheit kümmert.

Damit sind wir beim Thema: Stellen Sie sich nur mal so vor, dass es bei Wahlen trotz der Medienmacht der Monopole zu einer demokrati- schen gewählten Mehrheit für die Kommunisten käme. Stellen Sie sich weiter vor, dass diese dann in einer Volksbefragung über den weiteren Verbleib der Grundstoffindustrie (eingeschlos- senen Pharma-, Auto- und Textilindustrie, Ener- giekonzerne, das Transportwesen und die IT- Branche), der Banken, Versicherungen, des Großgrundbesitzes und des Fernsehens, des Rundfunks und der Printmedien im Monopol- besitz entscheiden lassen. Und stellen sie sich schließlich drittens vor, dass es da eine eindeu- tige Mehrheit gegen die Monopole gibt. Glauben Sie allen Ernstes, dass die kriminelle Ener- gie der Herren Zumwinkel, Ackermann, Esser & Co. allein durch eine solche demokratische Entscheidung gezügelt würde, dass die bereit wären, freiwillig auf ihren unrechtmäßig ange- eigneten Besitz zu verzichten. Glauben Sie, dass derzeit ‚im Namen des Volkes‘ ‚Recht‘ sprechende Richter diesem Willen des Volkes Rechnung tragen würden?

KH

## Karl Marx - ein Lehrstück über den Umgang mit Andersdenkenden...

Der Streit um den künftigen Standort des von Frank Ruddle, Klaus Schwabe und Rolf Kurth geschaffenen Reliefs ‚Aufbruch‘ wird vom Standpunkt der Streitenden getragen. Dabei geht es weder um dieses Relief noch um dessen künstlerischen Wert und gleich gar nicht um Fragen der innerstädtischen Gestaltung. Es geht - wieder einmal - um Karl Marx. Deshalb vermittelt diese Auseinandersetzung Einblicke in die Geisteshaltung der Streitenden.

Der LVZ hat diesem Thema eine ganze Seite gewidmet. (LVZ vom 21.2.08 ‚Citylage, Sport- Campus, Trümmergrab / Die Zukunft des Marx-Reliefs in Leipzig spaltet die Gemüter - Leser sagen in Briefen und E-Mails ihre Mei- nung‘). Der Spannungsbogen der Meinungen reicht von der Meinung, alle Marxschen Theo- rien seien eigentlich an der Praxis vorbei gegangen bis zum Hinweis auf die Marxsche Analyse der menschlichen Gesellschaft. Da gibt es die in schlimmen Erfahrungen des Christentums gereifte Erinnerung an die Bilder- stürmerei der eigenen Vergangenheit, den Hin- weis auf die Reichs-Bücherverbrennung, an die Verbote ‚entarteter Kunst‘ und die damit ver- bundenen Folgen eines ‚primitiven Hasses auf Andersdenkende‘...

Manches ist des Durchdenkens wert - anderes viel aufschlussreicher als manchem lieb sein könnte. Dem einen ist dieses Kunstwerk ‚nicht mehr wert als ein Kriegerdenkmal aus dem ersten Weltkrieg‘, für einen anderen ein ‚ver-



staubtes Überbleibsel aus diktatorischen Zei- ten‘, dritte empören sich heute noch darüber, dass und wie Marx in der DDR als ‚Ersatzgott‘ instrumentalisiert wurde und nicht wenige wol- len es schon deshalb ‚auf dem Trümmerberg der Pauliner Kirche abstellen‘, andere den Tau- ben als Klo überlassen. Regierungspräsident Steinbach meint - in Unkenntnis des Gesetzes- textes (Siehe SächsDSchG § 10 [1]) - es sei "kein Kulturdenkmal im Sinne des Sächsischen Denkmalschutzgesetzes". Und ein Herr Loest macht die Entdeckung, 1989 sei der Marxismus ‚abgeschafft‘ worden. Nun mag man sich fra- gen, ob mit dem die Enttäuschung darüber durchgegangen ist, dass bei der Befragung nach den ‚größten Deutschen‘ Adenauer, Martin

Luther und Karl Marx genannt aber Erich Loest vergessen wurde.. Oder ist das gar die Erinne- rung an jene Sprache, die der Mittweidaer Hit- lerjunge und Hitlerjungenführer mit 17 Jahren verinnerlicht hatte??

Wie auch immer: Die einen sind froh, den Namen dieses Mannes nicht mehr mit ihren akademischen Urkunden vorlegen zu müssen. Andere - wie viele Studierende der Uni Trier - würden ganz gern an einer ‚Karl-Marx-Univer- sität‘ studieren. Und an der Hamburger Uni sind Karl Marx & Max Weber als ‚zentrale Figuren‘ der soziologischen Theorieentwicklung‘ Gegenstand eines Lektürekurses.

Zwar kennen viel mehr den Namen dieses Man- nes als das, was der vor über 100 Jahren geschrieben hat. Man mag von dem halten, was man will - an den Grundlagen seiner kritischen Analyse der gesellschaftlichen Zustände kommt man nicht einfach so ‚vorbei‘. Denn das, was der damals erkannte war keine Sammlung von Glaubenssprüchen. Und immer mehr Men- schen begreifen: So, wie mit dem ‚Kapital‘ sei- nerzeit die gründlichste Analyse der herrschen- den wirtschaftlichen und politischen Verhält- nisse erarbeitet wurde können auch die heuti- gen nur dann verstanden werden, wenn sie in Fortsetzung dieser historisch materialistischen Herangehensweise untersucht und bloßgelegt werden. Eben darin steckt die subversive Potenz dieser Ideen. Und um nichts anderes geht es... KH

## Dieser Brief spricht für sich selbst:

Deutscher Bundestag  
MdB H.J. Hacker  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

### Gedanken zum Gesetz zur Entschädigung für Kriegsheimkehrer und zur Entgeltbegrenzung gemäß § 7 AAÜG

Sehr geehrter Herr Hacker, im ‚Neuen Deutschland‘ vom 01./02.12.07 wurde ein Artikel zum Thema ‚Heimkehrer aus Krieg erhalten Entschädigung‘ veröffentlicht. Es freut mich außerordentlich, dass Sie eine Nachbesserung des Gesetzes fordern und sich dafür einsetzen, dass dieses früher in Kraft tritt. Ich danke Ihnen bereits an dieser Stelle, dass Sie sich für uns Alten, die Kriegsgeneration, einsetzen. Mir geht es aber um mehr. Ich wende mich daher auch vertrauensvoll an Sie.

Kurz zu meiner Person:

Ich wurde am 24.1.1927 geboren. Als 16-jähriger wurde ich am 14.8.1944 zur faschistischen Wehrmacht eingezogen. Notdürftig als Funker und Fernsprecher ausgebildet kam ich südwestlich von Danzig an die Front. Ich bin dem Tod mehrmals von der Schippe gesprungen. Auf die Darstellung von Einzelheiten verzichte ich. Anfang Mai 1945 wurde meine Einheit südlich von Danzig von der sowjetischen Armee eingekreist, aber nicht mehr bekämpft. Nach der Kapitulation kam ich in sowjetische Gefangenschaft. Den Zeitraum vom 8.5.1945 bis zum 17.9.1947 verbrachte ich in Minsk. Diese Zeit habe ich trotz Hunger und notdürftiger ärztlicher Betreuung überstanden. Nur meinem gesundheitlichen Zustand (Herzbeschwerden) und meinem jugendlichen Alter habe ich es zu verdanken, dass ich im Herbst 1947 ‚Heimkehrer‘ wurde.

Wie ich die Heimat nach meiner Rückkehr vorfand, brauche ich ihnen nicht zu schildern. Meine damalige Situation beschreibe ich wie folgt: - vom Krieg durch Krankheit gezeichnet - mein jugendliches Alter - und arbeitslos.

1948 meldete ich mich zur Volkspolizei, war zunächst im Pass- und Meldewesen tätig und wurde später als Kriminalist ausgebildet. 1956 wurde ich vom MfS übernommen und im Bezirk Leipzig zur Aufklärung von Bränden

und Störungen eingesetzt. Nach Krankheit arbeitete ich im Innendienst. 1988 erfolgte meine Berentung. Als ehemaliger MfS-Mitarbeiter wurde ich nach der Wende bis jetzt als ‚Strafrentner‘ eingestuft. So weit zu meinem Lebenslauf.

Ich bin dankbar dafür und begrüße es selbstverständlich, dass man sich nach rund 60 Jahren per Gesetzgebung um die Kriegsgeneration bemüht. Wie Sie selbst feststellen ist es tatsächlich so, dass die meisten Betroffenen 80 Jahre und älter sind. Damals hat niemand gefragt, ob ich in den Krieg ziehen will. Ich wurde einberufen. Ich war kein Widerstandskämpfer und habe mich auch nicht widersetzt. Die Kriegsjahre mit Gefangenschaft haben mir einen Teil meiner Jugend genommen und diese Erfahrungen haben mein ganzes Leben geprägt. Was ich erlebt habe darf nie wieder geschehen.

Unser Motto war und ist: **Nie wieder Krieg**

Und schon wieder werden Soldaten in den Krieg geschickt, wohin und aus welchem Grund auch immer. Dem kann ich nicht zustimmen..

Mein Fazit damals: Ich werde meine ganze Kraft für den Aufbau einer neuen Gesellschaft einsetzen. Das galt für mich bis zum Jahre 1989 und ich bin auch heute noch überzeugt, dass in der ehemaligen DDR nicht alles verkehrt war. Nach der Wende fühlte ich mich erneut hintergangen, ausgenutzt und betrogen. Während meiner Zugehörigkeit zum MfS habe ich keine strafbaren Handlungen begangen und muss trotzdem - wie alle anderen ehemaligen Mitarbeiter auch - mit finanziellen Einbußen leben. Nur dem Wirken von ISOR ist es zuzuschreiben, dass wenigstens durch Klage vor dem Bundesverfassungsgericht die Entgeltpunkte von 0,7 auf 1,0 erhöht werden mussten. Andererseits wurde im diesbezüglichen Urteil dem Gesetzgeber überlassen, die tatsächliche (höhere) Begrenzung der Entgeltpunkte festzulegen. Ich bitte Sie abschließend, Ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass einerseits die Entschädigung für die ‚Heimkehrer‘ zum schnellst möglichen Zeitpunkt erfolgen und andererseits die bestehenden Ungerechtigkeiten hinsichtlich der ‚Strafrente‘ endlich der Vergangenheit angehören.

*Mit freundlichen Grüßen  
Hein Köhler - jetzt über 80 Jahre alt.*

## Termine der DKP-Gruppe Leipzig

**Sonnabend, den 15.3.2008 - 10.00 Uhr Bürgerzentrum Messerstraße**

Thema: Arbeitsvorhaben der DKP für 2008 - 2009

Referenten: Gen. Rolf Primer und Gen. Bernd Neudeck

**Montag, den 21.4.2008 - 18.00 Uhr im Liebknecht-Haus / Braustraße**

Thema: Die Bündnispolitik der DKP und die Gewerkschaften

Referent Gen. Leo Mayer

**Montag den 19.5.2008 - 18.00 Uhr im Liebknecht-Haus / Braustraße**

Thema: Zur Internationalen Politik der DKP

Referent: Genn. Nina Hager

Zu diesen Veranstaltungen laden wir alle Freunde der DKP und Interessenten ein.

**Seit Januar 2008 finden monatlich jeweils am 3. Dienstag in der Zeit von 16-19.00 Uhr im Liebknecht-Haus / Braustraße öffentliche Sprechstunden der DKP statt.**

## Mitteilung

Am 25. Februar 2008 beging die DKP Leipzig ihren 10. Gründungstag. Aus diesem Anlass führte Dr. Maxi Wartelsteiner ein Gespräch mit dem alten Vorsitzenden Karl-Heinz Reinhardt und dem neuen Vorsitzenden Bernd Neudeck. ‚Leipzigs Neue‘ berichtet darüber in der Ausgabe vom 7.3.2008.

## junge Welt - Die Tageszeitung

Tel. 030/53635580

## Unsere Zeit Sozialistische Wochenzeitung der DKP

ISSN 0943-4216

## IMPRESSUM:

**Herausgeber:** Deutsche Kommunistische Partei, DKP-Gruppe Leipzig, PF 301 274, 04252 Leipzig

**Homepage:**

<http://www.die-dkp-leipzig.de>

**e-mail-Adresse:** [dkp-leipzig@gmx.de](mailto:dkp-leipzig@gmx.de)

**Redaktion:** Klaus Hesse (V.i.S.P.)

**Gestaltung:** Hans-Jürgen Berg,

**e-Mail:** [bergprl@gmx.de](mailto:bergprl@gmx.de)

**Druck:** Osiris-Druck Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint viermal jährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.

Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im Juni 2007.

## Nicht nur Zuguterletzt eine Leserschrift aus dem ‚Focus‘:

‚preilboxer‘ (18.02.2008 11:14) schreibt - nachlesbar unter:  
[http://www.focus.de/politik/deutschland/ddr-debatte\\_aid\\_246087.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/ddr-debatte_aid_246087.html)

### Reden wir falsch Zeugnis?

Wir haben doch schon unsere Nachrichtendienste in der Bundesrepublik, was soll das Flunkern und die Lippenbekenntnisse. Wenn dieser Wunsch von den etablierten Parteien kommt dann ist das richtig und wichtig und dient vor allem der inneren Sicherheit. Da werden von den Nachrichtendiensten Millionen investiert um an Daten von Steuerhinterziehern zu kommen. Es werden mit Zustimmung und auf Wunsch dieser Bundesregierung Telefone abgehört und die PC Daten durchleuchtet, es werden Autokennzeichen erfasst und gesammelt. Kameras observieren Brennpunkte und Bahnhöfe in den Großstädten. In der NPD und DKP wimmelt es von V Leuten. Wir schicken zur Sicherung der EU Außengrenzen erprobtes Material und erfahrene Grenzbeamte. Was unterscheidet unserer Vorgehen von der Stasi, hat Frau Wegner doch recht?